

PROTOKOLL

über die 43. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 22.06.2015 im Bürgerhaus Ilbenstadt

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 21:45 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(21 Mitglieder)

Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Torsten Hahn
Petra Kremer
Oliver Herbert
Hans-Joachim Mücke
Stephanie Rotter
Reinhard Schwarz
Wernfried Fürtig
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Achim Saßmannshausen
Lutz Sierach
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Barbara Feige

es fehlten: Sven Schäfer - entschuldigt
Silke Merz - entschuldigt
Florian Porth - entschuldigt
Hans-Peter Wittmann - entschuldigt
Erland Kalbhenn - entschuldigt
Andreas Momberger - entschuldigt
Oliver Seuss - entschuldigt
Roland Gosebruch - entschuldigt
Dr. Dirk Schneider - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Ursula Einhoff
Erhard Reiter

es fehlte: Herbert Porth - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

TOP

- (1) Mitteilungen
- (2) Bebauungsplan K 12 >Biogasanlage< Niddatal, Stadtteil Kaichen
Beschluss der 2. Ergänzung
des Durchführungs- und Erschließungsvertrags (Vorlage-Nr. 36(2015))
- (3) Amtliche Bekanntmachungen der Stadt
Beschluss der 14. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Niddatal
- (4) Festsetzung der gemeindlichen Steuersätze
Beschluss einer Hebesatzsatzung 2015 (Bericht aus HuF)
- (5) Beschluss der Haushaltssatzung 2015 mit Anlagen (Bericht aus HuF)
- (6) Feststellung der Eröffnungsbilanz 2009 (Vorlage-Nr. 37/2015)
- (7) Konzept zur Flüchtlingsunterbringung in Niddatal (Bericht aus HuF)
- (8) Breitbandversorgung in Niddatal
Beschlussfassung über die zukünftige Zusammenarbeit

Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Rolf Lamade begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -Teilnehmer und eröffnet die 43. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal.

Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Das Protokoll der 42. Sitzung am 27.05.2015 kann erst in der nächsten Stadtverordnetenversammlung (20.07.2015) beschlossen werden.

Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung werden keine vorgebracht.

TOP

(1) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel berichtet:

Der **Stadtverordnete Karl Stier** hat mir als Wahlleiter mitgeteilt, dass er mit sofortiger Wirkung sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat. Ich stelle daher das Ausscheiden des Herrn Stier aus dieser Stadtverordnetenversammlung fest. Der Platz von Herrn Stier ist noch nicht neu besetzt, weil das Nachrückverfahren derzeit noch nicht abgeschlossen ist.

Sanierung Bürgerhaus Vorplatz

Die Bauanlaufbesprechung hat stattgefunden. Die Materialien sind bestellt und die Baufirma wird Ende Juni mit den Arbeiten beginnen. Als Ausführungsdauer sind ca. 4 Wochen angesetzt (1 Woche für notwendige Kanalarbeiten).

Sachstand Brücken

Das Ingenieurbüro IGM wurde mit der Planung beauftragt. Die Entwurfsplanung liegt bereits vor. -- Nachdem die Entscheidung für die grundsätzliche Ausführungsart (Stahlbauwerk) gefallen ist, wurde ein Interessenbekundungsverfahren im Vorgriff auf eine beschränkte Ausschreibung in der HAD (Hessische Ausschreibungsdatenbank) veröffentlicht. Der Abgabetermin für die Interessenten lief am 10.06.2015 aus. Die erforderlichen Absprachen mit der Unteren Wasserbehörde sind getroffen und die Ausführungsplanung wird zur Zeit erarbeitet. Der zeitliche Rahmen sieht vor, dass die Ausschreibung bis Anfang Juli an die ausgewählten Bieter verschickt wird. Ausführungszeitraum wird im Herbst sein; dies wurde bereits auch so veröffentlicht.

Sachstandsbericht Marie-Curie-Straße Endausbau

Die Ausschreibung ist von Seiten des Ingenieurbüros BUHLE soweit fertiggestellt. Nach Rücksprache mit dem Regionalen Verkehrsdienst, der bei allen Straßenbaumaßnahmen gehört werden muss, wurde als Ausbauquerschnitt auch für die beiden ersten Stichstraßen (von der Burg-Gräfenröder Straße kommend) ein Ausbau mit einseitigem Gehweg vorgesehen - analog der ursprünglichen Entwurfsplanung des Ingenieurbüros IMB-Plan. -- Die im Rahmen des Endausbaus zusätzlich aufzustellenden Lampen sind bei der OVAG beauftragt. Das Ingenieurbüro wurde beauftragt, noch Positionen für den Erdaushub und die Verlegung von Leerrohren für den geplanten Breitbandausbau in das LV einzufügen.

Dieter Eisenberg fragt: Die neue Brücke Schulsteg sei nur für Fußgänger vorgesehen, obwohl der Weg von der Nieder Wöllstädter Straße bis zur Brücke als Fuß- und Radweg ausgeschildert ist (2 m breit -- vorgeschrieben sind 3 m !). Wie breit soll die neue Brücke werden ?

Antwort Bürgermeister: Breite 1,50 m -- Es würden erhebliche Mehrkosten anfallen, wenn die Brücke breiter wird für Geh- und Radweg. Man sollte vor der Brücke darauf hinweisen, dass sie nur als Fußweg gilt und nicht befahren werden darf.

**(2) Bebauungsplan K 12 >Biogasanlage< Niddatal, Stadtteil Kaichen
Beschluss der 2. Ergänzung des Durchführungs- und Erschließungsvertrags**

Der Bürgermeister erläutert hierzu:

Wie Sie der Vorlage entnehmen können, ist es bei der Ausführung dieser Baumaßnahme zu Abweichungen von der erteilten Zulassung gekommen. Dies hat im letzten Jahr dazu geführt, dass von der zuständigen Behörde ein Baustopp verhängt wurde. Man hat nach einem gemeinsamen Termin im Dezember 2014 festgelegt, welche Nachforderungen durch den Investor noch zu erfüllen sind. Von daher muss auch eine Anpassung im Durchführungs- und Erschließungsvertrag vorgenommen werden, die in dem vorliegenden Vertragsentwurf enthalten ist. Wir bitten um Zustimmung für diese Änderung bzw. Ergänzung des Vertrages.

Achim Saßmannshausen sieht noch Beratungsbedarf, da einige Fragen anstehen, die noch erörtert werden müssen. Er beantragt Überweisung in den Ausschuss.

Markus Nikleniewicz äußert, dass in der Vergangenheit schon genug über dieses Projekt gesprochen und beraten wurde, eine Überweisung in den Ausschuss sei nicht mehr notwendig. Wenn die Stadt es für angebracht hält, angefallene Kosten dem Investor in Rechnung zu stellen, sei das eine andere Entscheidung. Es sollte jetzt über die Vertragsergänzungen abgestimmt werden, die ausreichend formuliert seien.

Michael Hahn erwähnt noch zu den Überlegungen, Kosten in Rechnung zu stellen, dass seinerzeit über die 11.000 Euro durch die Abstimmung Großsporthalle verursacht, die Opposition keine Beanstandung vorgebracht hatte !

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **Antrag der SPD-Fraktion >Überweisung in den HuF<** seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 8 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen
der Antrag ist somit abgelehnt**

Weiter wurde abgestimmt, wer dem Beschlussvorschlag seine Zustimmung geben möchte zu der: **>2. Ergänzung des Durchführungs- und Erschließungsvertrags zum Bebauungsplan K 12 Biogasanlage Niddatal – Kaichen<**

**Ergebnis: 13 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen
der Antrag ist somit angenommen**

**(3) Amtliche Bekanntmachungen der Stadt
Beschluss der 14. Änderungssatzung zur Hauptsatzung
der Stadt Niddatal**

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert hierzu:

Es gibt zu diesem Thema einige Korrespondenz und zuletzt per E-Mail verteilt unser Schreiben an den Hessischen Städte- und Gemeindebund. Darin haben wir uns rückversichert, ob unsere bisherige Vorgehensweise richtig war, was uns die zuständige Mitarbeiterin auch inzwischen bestätigt hat. Weiter haben wir uns ausgetauscht, inwieweit die Möglichkeit besteht, amtliche Bekanntmachungen über unsere Homepage mitzuteilen. Nach der gültigen Verordnung ist dies zulässig. Wir können also die

bisherigen Veröffentlichungen weiter benutzen und es gibt keinen Handlungsbedarf. Auch bestehen keine Bedenken, dass wir mit diesen öffentlichen Mitteilungen nicht genug Bürgerinnen und Bürger erreichen.

Wir sind dabei, eine entsprechende Satzungsänderung vorzunehmen, um auch über das Internet unsere Homepage dafür einsetzen zu können. Nach abschließender Diskussion im HuF werden wir diese Änderung der StVV vorlegen. Für heute Abend steht daher noch keine Entscheidung an. Wir sind handlungsfähig und die Rechtsgültigkeit unserer öffentlichen Bekanntmachungen ist zweifelsfrei.

Noch eine Ergänzung: Die in der letzten StVV (27.05.2015) freigegebenen Mittel werden jetzt nicht mehr benötigt.

(4) Festsetzung der gemeindlichen Steuersätze Beschluss einer Hebesatzsatzung 2015

Gerhard Einhoff teilt mit:

In der letzten HuF-Sitzung wurde über die Anhebung der Grund- und Gewerbesteuern beraten. Da die Gewerbesteuer-Einnahmen nicht immer konstant sind und Schwankungen unterliegen, habe man bewusst eine moderate Erhöhung vorgenommen. Die Ihnen heute vorliegende Satzung mit den neuen Hebesätzen - gültig ab dem Haushaltsjahr 2015 - lauten wie folgt:

1. Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe - Grundsteuer A 380 v.H.
- b) für die Grundstücke - Grundsteuer B 380 v.H.

2. für die Gewerbesteuer 350 v.H.

Es wurde hierüber wie folgt abgestimmt: 3 Ja-Stimmen 5 Enthaltungen
= so empfohlen.

Achim Saßmannshausen bezieht sich auf die von seiner Fraktion gemachten Vorschläge, die Gewerbesteuer gegenüber der Grundsteuer stärker anzuheben. Nach eingehender Diskussion habe man sich jedoch auf einen Kompromiss geeinigt, da man bei der Gewerbesteuer berücksichtigen muss, dass die Einnahmen von Jahr zu Jahr unterschiedlich ausfallen können, wobei die Grundsteuer eine gleichmäßige und berechenbare Einnahme bleibt.

Nach weiteren Wortmeldungen und Erläuterungen lässt das Stadtverordnetenvorsteher abstimmen, wer **den vorgenannten Hebesätzen für die Grund- und Gewerbesteuer** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 21 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

(5) Beschluss der Haushaltssatzung 2015 mit Anlagen

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, dass im HuF über die einzelnen Punkte der Haushaltssatzung beraten wurde und er daher **jeweils getrennt darüber abstimmen lassen wird.**

-- INVESTITIONSPROGRAMM

Gerhard Einhoff berichtet, dass über diesen Punkt im HuF diskutiert wurde. Die gestellten Anträge der Fraktionen SPD und B'90 / Die Grünen wurden mit einbezogen. Abschließend gab es hierfür 7 Ja-Stimmen und 1 Gegen-Stimme, somit eine Empfehlung.

Achim Saßmannshausen erläutert, warum seine Fraktion diesem Investitionsprogramm zustimmen wird.

Dieter Eisenberg hat noch angemerkt, dass für den barrierefreien Ausbau der Treppe am Schulsteg bereits seit etwa 10 Jahren eine baureife Planung vorliegt (von dem Architekt Link) und diese Maßnahme nicht mehr länger hinausgeschoben werden sollte.

Abstimmung Investitionsprogramm :

Ergebnis: 21 Ja-Stimmen = einstimmig beschlossen

-- STELLENPLAN 2015

Gerhard Einhoff: Nach längerer Diskussion konnte keine Beschlussempfehlung aus dem HuF gegeben werden, da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.

Achim Saßmannshausen: In seiner Fraktion sei über den Stellenplan diskutiert worden. Man habe sich darauf verständigt, diesem Plan wie vom Magistrat vorgeschlagen zuzustimmen und werde ihn auch >mittragen<.

Gerhard Einhoff stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Der Stellenplan 2015 Teil A und B sollen unverändert gegenüber dem 2014 beschlossenen Stellenplan fortgeschrieben werden. Teil C wird entsprechend dem Vorschlag 2015 beschlossen. Die Auswirkungen sind in den Teilhaushalten demgemäß zu korrigieren.

Der Bürgermeister äußert hierzu: Wenn er Teil A und B im Stellenplan 2015 betrachtet, die unverändert analog 2014 fortgeschrieben werden sollen - mit Ausnahme von Teil C = Magistratsvorlage - bedeutet das auch Stillstand in einigen Bereichen, wo wir schon für neue Möglichkeiten Überlegungen und Planungen gemacht haben. Auch ist das ein Rückschlag für unsere Zielsetzungen und den bereits eingeschlagenen Weg, von dem wir uns mehr Effizienz und Entlastungen in der Verwaltung versprochen haben.

Abschließend bittet der Bürgermeister, die Bereitschaft unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuerkennen, dass sie die vom Magistrat vorgeschlagenen Änderungen mittragen werden.

Abstimmung Stellenplan :

CDU-Antrag: Der Stellenplan 2015 Teil A und B sollen unverändert gegenüber dem 2014 beschlossenen Stellenplan fortgeschrieben werden. Teil C wird entsprechend dem Vorschlag 2015 beschlossen.

Die Auswirkungen sind in den Teilhaushalten demgemäß zu korrigieren.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen 9 Nein-Stimmen
somit ist der CDU-Antrag angenommen

-- GESAMTERGEBNISHAUSHALT

Gerhard Einhoff: Auch über diesen Punkt wurde im HuF beraten. Die Abstimmung ergab folgende Stimmenverteilung: 3 Ja 3 Nein 2 Enthaltungen = somit keine Beschlussempfehlung für den Ergebnishaushalt.

Achim Saßmannshausen kommentiert das prognostizierte Jahresergebnis für 2015 gegenüber 2014, wonach sich das Defizit deutlich verbessert hat. Da man auch für 2016 mit einer weiteren Reduzierung rechnet, sei man doch auf dem richtigen Weg. Seine Fraktion werde Zustimmung erteilen.

Der Bürgermeister ging noch einmal auf die Abstimmung im HuF ein und möchte über die im Magistrat eingebrachten Anträge abstimmen lassen. Es sei notwendig, für die einzelnen Maßnahmen die Zustimmung des Parlaments zu erhalten.

Es handelt sich um:

im Bereich Wegebau	
Zufahrt zu den Hinnerhöfen	5.000 Euro
teilweise Herstellung Budesheimer Weg	5.000 Euro
evtl. Ausbau zu dem Hof Hainau Weg	15.000
für die Feuerwehr gibt es neue Helme	7.000 Euro
Kita U 3 - Einrichtungen	5.000 Euro
Bürgerhaus Bönstadt - Ausstattung	5.800 Euro
Baumsicherungs- / Verkehrssicherungsmaßnahmen	6.500 Euro

insgesamt sind für diese Positionen 34.300 Euro

vorgesehen, die in dem Ihnen vorliegenden Entwurf berücksichtigt wurden. Es soll hierüber **als Paket abgestimmt werden.**

Auf Rückfrage von Markus Nikleniewicz erläutert der Bürgermeister, dass der Stadtbrandinspektor die Anschaffung der neuen Helme für die Feuerwehr beantragt habe, dies sei nach den Richtlinien und Empfehlung des Kreisbrandinspektors erfolgt. Diese Ausgaben sind also notwendig und unabwendbar.

Abstimmung Gesamtergebnishaushalt - so wie vom Magistrat vorgelegt.

Ergebnis: 17 Ja-Stimmen 1 Gegen-Stimme 3 Enthaltungen
somit ist der Gesamtergebnishaushalt angenommen

-- GESAMTFINANZHAUSHALT

Gerhard Einhoff: Auch hierüber wurde im HuF beraten und anschließend abgestimmt; es gab dafür 4 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit eine Empfehlung.

Abstimmung Gesamtfinanzhaushalt - so wie er vorliegt.
Ergebnis: 16 Ja-Stimmen 4 Enthaltungen 1 Nichtbeteiligung
somit ist der Gesamtfinanzhaushalt angenommen

Abstimmung HAUSHALTSSATZUNG 2015 mit Änderungen
Ergebnis: 17 Ja-Stimmen 4 Enthaltungen
somit ist die Haushaltssatzung 2015 mit Änderungen
angenommen.

(6) Feststellung der Eröffnungsbilanz 2009

Bürgermeister Dr. Hertel äußert sich zufrieden, dass wir nun endlich die geprüfte Eröffnungsbilanz 2009 vorliegen haben. Die Prüfungsvermerke bestätigen, dass es keine Einwände gibt. Wir bitten Sie daher, die vorliegende Eröffnungsbilanz 2009 festzustellen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der **Feststellung der Eröffnungsbilanz 2009** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 16 Ja-Stimmen 1 Gegen-Stimme 4 Enthaltungen
somit ist Zustimmung erteilt worden.

(7) Konzept zur Flüchtlingsunterbringung in Niddatal

Gerhard Einhoff berichtet:

Dieser Punkt ist auch in der letzten HuF-Sitzung behandelt worden. Aus der Diskussion heraus gab es eine Beschlussempfehlung, den Antrag des Bürgermeisters, die Mittel für die Sanierung der Gebäude >Am Viehtrieb< und >Bahnhofstraße< freizugeben. Dem wurde mehrheitlich zugestimmt. Ebenso dem Antrag, das Gebäude Am Viehtrieb zum Kauf anzubieten (einen Interessenten hierfür gibt es schon).

Weiterhin war Konsens erzielt worden, über das Konzept Flüchtlingsunterbringung in der nächsten HuF-Sitzung noch einmal zu beraten. Somit keine Beschlussempfehlung und Vertagung im HuF.

Der Bürgermeister: Wie schon im Rahmen der Haushaltsdiskussionen erwähnt, werden wir die Mittel für die Sanierung der beiden Liegenschaften in Assenheim bereitstellen und haben hierfür auch mehrheitlich Zustimmung erhalten. Es steht noch ein Konzept für die mittel- bis langfristige Unterbringung von Flüchtlingen aus. Hierüber bedarf es

einer weiteren Gesprächsrunde. Unabhängig davon gibt es einen **Eilantrag - Konzept zur Flüchtlingsunterbringung in Niddatal** (wurde per E-Mail vorab verteilt). In den Anlagen 1 a und 1 b sind die Standards für die Unterkünfte von Flüchtlingen aufgeschlüsselt. Die als Anlage 2 beigefügte Liste über >Freiwillige Zuwendung des Kreises< informiert, nach welchem Modus und Beträgen der Kreis die Städte und Gemeinden unterstützen wird. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine zuvor akzeptierte vertragliche Vereinbarung.

Wir müssen in unsere Überlegungen mit einbeziehen, dass wir bis Jahresende voraussichtlich 100 Flüchtlinge zu betreuen haben und von daher wäre diese finanzielle Zuwendung schon hilfreich. Der Magistrat schlägt deshalb vor, diese Vereinbarung zu unterzeichnen.

Gerhard Einhoff: Die CDU stellt den Antrag, dieses Konzept in den HuF zu überweisen, um über diese Kriterien noch einmal beraten zu können.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, **dass der Antrag der CDU-Fraktion in den HuF überwiesen wird.**
Ergebnis: 21 Ja-Stimmen - somit einstimmig angenommen.

(8) Breitbandversorgung in Niddatal Beschluss über die zukünftige Zusammenarbeit

Nachdem sich die Kommunalaufsicht des Wetteraukreises und das Regierungspräsidium Darmstadt in diversen Schriftstücken über die Zuständigkeit bezüglich der Genehmigung unseres Antrages zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Main-Kinzig-Kreis (MKK) über die angestrebte Breitbandversorgung für Niddatal ausgetauscht haben, vertritt das RP-Darmstadt nunmehr die Rechtsauffassung, dass die Zuständigkeit bezüglich der Genehmigung bei der Kommunalaufsicht des Wetteraukreises angesiedelt ist.

Aus diesem Grunde wurde die Kommunalaufsicht gebeten, die Entscheidung kurzfristig zu treffen, damit unsere Gremien die vorgegebenen Fristen einhalten können.

Bürgermeister Dr. Hertel bezieht sich auf die letzten Informationen in dieser Angelegenheit, die er vom Wetteraukreis erhalten hat (wurden per E-Mail verteilt). Er habe inzwischen mehrere Möglichkeiten >ausgelotet<, wie wir uns in dieser Frage handlungsfähig aufstellen können, wenn die Entscheidung des Kreises erteilt wird; wir rechnen mit einem positiven Bescheid, dass wir mit dem MKK kooperieren können. Dessen ungeachtet könnte unser Anliegen aber auch abgelehnt werden. Für diesen Fall sollten wir trotzdem handlungsfähig sein. **Er habe die nachstehenden Beschlussvorschläge 1 bis 6 daher unter Vorbehalt gestellt.**

Abschließend bittet der Bürgermeister, so zu verfahren, dass wir alle Eventualitäten abdecken und so schnell wie möglich handeln können.

1. Die StVV beschließt die Kooperationsvereinbarung (siehe Anlage 2) über eine interkommunale Zusammenarbeit zum FTTC-Breitbandausbau im Gebiet der Stadt Niddatal, zwischen der Stadt Niddatal - vertreten durch den Magistrat -

und dem MKK - vertreten durch den Kreisausschuss - entsprechend des Entwurfs der vorliegenden Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

2. Die Stadt Niddatal betraut die Breitband Main-Kinzig GmbH mit Sitz der Gesellschaft in Gelnhausen (Hessen) durch den in Anlage 3 beigefügten Betrauungsakt, nebst Erläuterungen mit den dort beschriebenen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI). Der Betrauungsakt wird für einen Zeitraum von 7 Jahren erlassen. Der Magistrat wird ermächtigt, redaktionelle Anpassungen vorzunehmen, wenn diese erforderlich werden und den wesentlichen Inhalt dieses Beschlusses nicht verändern.
3. Die Beschlüsse zu 1. und 2. stehen unter dem Vorbehalt, dass die Aufsichtsbehörde des Wetteraukreises (Kommunalaufsicht) die beantragte erforderliche Einzelgenehmigung zur Freigabe der benötigten Mittel in Höhe von einmalig insgesamt 250.000 Euro zur Abdeckung des in § 5 der Kooperationsvereinbarung ausgewiesenen Deckungsbeitrages erteilt.
4. Der Magistrat wird beauftragt, die Beteiligung an der BBW nach § 13 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages umgehend zu kündigen, sobald die Genehmigung zum Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit dem MKK vorliegt und diese unterzeichnet ist.
5. Die StVV beschließt die Zusammenarbeit mit der BIGO entsprechend der durch die BIGO vorgelegten Beschlussempfehlung (siehe Anlage 4) für Gesellschafter bzw. Kommunen der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetteraukreis GmbH (BBW) vom 13.05.2015.
6. Der Beschluss unter 5. steht unter dem Vorbehalt, dass die Aufsichtsbehörde die erforderliche Genehmigung zur Kooperation mit dem MKK versagt oder diese aus anderen Gründen nicht zustande kommt, und dass sie auf Antrag die benötigten Mittel in Höhe von 135.433,76 Euro zur Erhöhung der Stammkapitaleinlage bei BBW freigibt.

Stephanie Rotter hat hierzu folgende Anmerkungen: Alle diese Beschlüsse basieren auf dem Schreiben der Kommunalaufsicht, worin uns dargelegt wird, dass wir im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung keine neuen Investitionen tätigen dürfen (Schreiben vom 20.06.2015).

Sie könne diese Aussage nicht nachvollziehen, da in der HGO zur vorläufigen Haushaltsführung nur eine unspezifische Aussage gemacht wird. Es müsste doch ein Titel aus den Vorjahren mit einem Betrag X gegeben haben, und somit wäre das keine neue Maßnahme mehr, sondern eine die fortgeführt wird, die dann auch keiner besonderen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde unterliegt.

Wie sieht der Magistrat diese Definition ?

Der Bürgermeister räumt ein, dass über diese Problematik der Magistrat noch nicht diskutieren konnte, da das Schreiben des Wetteraukreises erst letzten Freitag eingegangen ist und die nächste Magistratsitzung am kommenden Mittwoch stattfindet.

Wir werden diese Fragestellung weiterleiten und hoffen, hierzu bald eine verbindliche Auskunft zu bekommen.

Wegen des im letzten Absatz des Schreibens angeforderten Berichts zur vergaberechtlichen Zulässigkeit des Kooperationsvertrages haben wir schon mit dem MKK Kontakt aufgenommen und hoffen, dass wir auch in den nächsten Tagen die notwendigen Informationen erhalten.

Wir sollten trotz dieser offenen Fragen die Beschlüsse fassen, da der Termin 27. Juli 2015 als deadline eingehalten werden muss. Zu diesem Termin muss eine Erklärung abgegeben werden, dass man die Stammeinlage wie vorgegeben erhöht.

Dieter Eisenberg hat sich anerkennend geäußert, dass Stephanie Rotter den tatsächlichen Sachverhalt entgegen dem Schreiben der Kommunalaufsicht erkannt hat und es sich bei dieser Maßnahme um keine Neuinvestition handelt, sondern um die Fortführung eines bereits bestehenden Titels. Es wäre wohl sehr nützlich, wenn der Magistrat dieser Feststellung nachgeht, damit wir aus der >Zügelung< der Kommunalaufsicht herauskommen.

Der Bürgermeister erwidert, dass vom Regierungspräsidium schon nachgefragt wurde, ob diese Maßnahme bereits vorher in einem Haushalt eingestellt war. Wir hatten darauf verwiesen, dass wir eine Stammeinlage in Höhe von ca. 5.000 Euro beim Wetteraukreis eingezahlt haben.

Michael Hahn sagt, dass er bisher keinen Hinweis gefunden habe, dass diese Maßnahme in einem früheren Haushalt eingestellt war. Er erklärt, warum die vom Bürgermeister vorgeschlagenen Beschlüsse unter 5. und 6. heute zurückgenommen und in der nächsten StVV am 20.07.2015 zur Abstimmung gestellt werden sollten. Ansonsten würde die CDU den Punkten 1. bis 4. zustimmen.

Nachdem es hierzu weitere Diskussionen gab, wurde **Sitzungsunterbrechung** beantragt, der nach Abstimmung mit 21 Ja-Stimmen zugestimmt wurde.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit:

Der Ältestenrat hat beschlossen, über die Beschlussvorschläge 1. bis 4. als Paket und 5. und 6. getrennt abzustimmen.

Abstimmung über die Beschlussvorschläge 1. bis 4. >Die zukünftige Zusammenarbeit des Magistrats< :

Ergebnis: 21 Ja-Stimmen = einstimmig angenommen

Abstimmung über die Beschlussvorschläge 5. und 6.
Ergebnis: 8 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen
wurde mit 13 Stimmen abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass wir mit dem letzten Tagesordnungspunkt zum Ende der heutigen Sitzung gekommen sind und erklärt um 21:45 Uhr die Stadtverordnetenversammlung für beendet.

Mit seinem Dank für die rege Teilnahme wünscht er den Damen und Herren einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

Rolf Lamade
stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher

Hannelore Gunkel
Schriftführerin